

18. Sitzung vom 11. Dezember 2023

rsa

Seite 308

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 11. Dezember 2023, 18:00 – 19:45 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	34 Mitglieder des Gemeinderats, 6 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär und dessen Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	Angelo Minutella

Traktanden

1. Mitteilungen
 2. Abnahme des Protokolls vom 6. November 2023
 3. Budget 2024 und Festsetzung des Steuerfusses
-

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 4. Dezember 2023 im Digitalen Amtsblatt Schweiz amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsident Hans Roth begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

1.1 Überweisungen

Keine.

1.2 Eingänge

- Bericht und Antrag zum Budget 2024
- Protokoll der GR-Sitzung vom 6. November 2023
- Postulat der Fraktion der Grünen, vom 14. November 2023, betreffend Postulat Stadtbild- und Denkmalpflegekommission

0.5.1

2. Abnahme des Protokolls vom 6. November 2023

(Das Protokoll vom 6. November 2023 wird genehmigt.)

0.10.5

3. Budget 2024 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsident Hans Roth: Gemäss Artikel 71 Absatz 2 der Geschäftsverordnung des Gemeinderats muss der Gemeinderat auf das Budget eintreten. Damit entfällt eine Eintretensdebatte.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass sich die Seitenzahlen auf die Budgetbrochüre beziehen, also die Seitenzahlen im Pdf, und nicht auf die ansteuerbaren Seiten durch das Sitzungstool.

Für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen wird vorgeschlagen, gemäss der Reihenfolge auf Seite 8 + 9 des Budgets vorzugehen.

Erstens wird das vorliegende Budget 2024 inklusive Leistungsaufträgen mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen beraten und mit Änderungsanträgen bzw. -abstimmungen bereinigt.

Zur Beratung: Zu Beginn erfolgt eine Debatte über das Budget generell. Dann wird Abteilung für Abteilung durchgegangen.

Jeder Antrag von der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission oder von einer Fraktion ist ein Änderungsantrag, über welchen sogleich abgestimmt wird. Wenn dieser Antrag keine Mehrheit findet, bedeutet dies Zustimmung zum jeweiligen Antrag des Stadtrats gemäss seinem Antrag zum Budget 2024.

Das Budget ist dann bereinigt und es erfolgt nach einer weiteren Debatte die Abstimmung über das bereinigte Budget als Ganzes.

Wird das Budget genehmigt, erfolgt in einem zweiten Schritt die Beratung und Abstimmung über den Steuerfuss 2024.

Die endgültige Festlegung des Budgets ist abhängig vom Beschluss über den Steuerfuss, weshalb abschliessend über das Gesamtpaket (Budget und Steuerfuss) eine Schlussabstimmung durchgeführt wird.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Hans Roth gibt es gegen den vorgestellten Ablauf keine Einwände.)

(Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer sowie Stadtrat Werke Jonas Erni treffen ein.)

Zur Detailberatung zum Budget (abteilungsweises Vorgehen)

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Das Budget 2024 steht heute im Zentrum des Interesses und trotz des ausserordentlich zu erwartenden Ergebnisses bin ich ziemlich ambivalent in der politischen Einordnung des Voranschlags. Aber der Reihe nach.

Am 4. Oktober 2023 haben Christof Wolfer und Stefan Müller der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission das Budget 2024 präsentiert und erste Fragen beantwortet. Allen Beteiligten, auch den anderen Abteilungen, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die geleisteten Vorarbeiten.

Das Budget 2024 weist folgende Kennzahlen aus: bei einem Gesamtaufwand von rund 240 Mio. CHF wird mit Erträgen von rund 274 Mio. CHF gerechnet und damit einem Ertragsüberschuss von über 34 Mio. CHF. Bei generell knappen öffentlichen Finanzen ein ausserordentliches Ergebnis, welches der Stadt entgegenkommt. Es ist aber wie bereits im Vorjahr auf ausserordentliche Erträge bei den Grundstücksgewinnsteuern sowie Transfererträge zurückzuführen. Auf der anderen Seite nimmt aber die Aufwandssteigerung ebenfalls weiter zu, das strukturelle Defizit steigt um rund 0,5 Mio. CHF gegenüber dem Vorjahr und hier komme ich auf die eingangs erwähnte Ambivalenz zurück. Was überwiegt? Das positive Ergebnis oder aber die Verschlechterung des strukturellen Defizits?

Ich gehe davon aus, dass wir in verschiedenen Voten, die von meinen Kolleginnen und Kollegen folgen, weitere Aussagen zu diesem Thema hören werden. Daher versuche ich mich an dieser Stelle auf die wesentlichen Aspekte zu konzentrieren.

Ein wichtiger Punkt liegt wie in den vergangenen Jahren beim Stellenplan. Beim Stellenplan konnte die bereits mehrfach durch die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission geforderte Transparenz noch nicht vollständig erreicht werden. Zwar findet sich im Budget neu ein Stellenplan im Anhang, entsprechende Fragen zu diesem Stellenplan konnten aber von den einzelnen Abteilungen selbst nicht im Detail beantwortet werden. Fest steht, dass auch für 2024 ein Wachstum beim Stellenetat fix eingeplant ist. Aufgrund dieser und weiteren Zahlenunstimmigkeiten fehlt der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission deshalb ein verlässliches Zahlengerüst für eine saubere Analyse.

Da der Stadtrat sich darüber hinaus in der Verantwortung für das Personal sieht und eine Einflussnahme der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission bzw. dem Gemeinderat über das Budget in den vergangenen Jahren im Wesentlichen abgelehnt hat, ist der Stadtrat entsprechend gefordert, einerseits die notwendige Transparenz herzustellen und auf der anderen Seite das Personalwachstum plausibel zu begründen. Weitere Verbesserungen sind hier durch den Stadtrat dringend vorzusehen.

Der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, betrifft den Finanz- und Entwicklungsplan (FEP). Im vergangenen Jahr hat der Stadtrat mit dem FEP 2023 bis 2026 versucht aufzuzeigen, wo notwendige Investitionen vorgesehen sind und wo mehr Kosteneffektivität erreicht werden soll. Im FEP 2024 bis 2027 ist vom ursprünglichen Gerüst jedoch nur noch wenig übrig. Die Investitionen sollen gegenüber dem bisherigen FEP auch für die Jahre 2025 und

2026 stark ansteigen, unter anderem aufgrund von neu geplanten Investitionen im selbstfinanzierten allgemeinen Haushalt. Damit sollen die Investitionen in diesen beiden Jahren geplant um rund 30 Mio. CHF ansteigen. Dieser Anstieg ist aber aus heutiger Perspektive nur mit einem Ausbau der personellen Ressourcen zu bewerkstelligen. Auch hier wieder die Aufforderung, dass zuerst die noch offenen Punkte der Legislaturziele bereinigt werden sollten, bevor Ressourcen für neue Projekte gestemmt werden können.

Ein weiterer Punkt betrifft die Umbuchungen von Liegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Es scheint, dass die geplanten Umbuchungen von Liegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen so bisher nicht vorgesehen waren bzw. nicht kommuniziert wurden. Daher stellt sich auch hier die Frage, ob die Kräfte für 2024 in diesem Bereich nicht verzettelt werden.

Ich komme darum auf die Ambivalenz zurück, das Budget 2024 zu betrachten. Auf der einen Seite profitiert Wädenswil von ausserordentlichen Erträgen, auf der anderen Seite bleibt das strukturelle Defizit weiterhin bestehen. Aufgrund der fortgeschrittenen Legislatur bleibt dem Stadtrat und dem Parlament nur noch wenig Zeit, die ursprünglich angedachten Ziele auch wirklich zu erreichen. Diese Ziele erreichen wir nur, wenn wir uns alle auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren, auch und insbesondere im Hinblick auf die geplanten Veränderungen, die im 2024 anstehen, beispielsweise bei der Frohmatt oder den geplanten Wärmeverbünden.

Zu den weiteren Punkten und Details verweise ich auf den Bericht und Antrag sowie meine Kollegen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, die zu den einzelnen Abteilungen Stellung nehmen werden.

(Severin Bachmann, Grüne, trifft ein.)

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Ulrich Reiter hat bereits vieles vorweggenommen. Ich bin mit praktisch allem einverstanden, das er gesagt hat. Auch wir anerkennen die Bemühungen des Stadtrats, den Budgetprozess und die Planungsgenauigkeit zu verbessern. Hier geht der Dank insbesondere an den Stadtrat Finanzen Christof Wolfer.

Andererseits haben wir schon das Gefühl, dass der Gesamtstadtrat und die Verwaltung im Budget 2024 die in den Vorjahren noch stellenweise spürbare Zurückhaltung bei der Budgetierung von Aufwanderhöhungen abgelegt haben. So steigen im Steuerhaushalt 2024 die Nettoausgaben pro Einwohner zwischen Rechnung 2022 und Budget 2024 um knapp 10 %. Stellen Sie sich das mal vor. Otto Normalverbraucher aus Wädenswil hat sicher nicht die Mittel, seine eigenen Gesamtausgaben im Laufe von zwei Jahren um nominal 10 % zu erhöhen. Die Inflation, die natürlich hier reinspielt, beträgt übrigens in diesem Zeitraum, ich habe dies gerade bei der SNB gecheckt, lediglich 4 %. Also wachsen die realen Ausgaben pro Einwohner in diesen zwei Jahren um kumulativ 6 %.

Das reichlich fliessende Manna der sehr hohen Grundstückgewinnsteuern hat hier seinen Effekt nicht verfehlt. Die vermeintliche finanzielle Entspannung, die dieser unverhoffte Geldregen bewirkt hat, hat aber einen Haken, das hat Ulrich Reiter bereits erwähnt. Der Haken besteht darin, dass die Grundstückgewinnsteuern in dieser Höhe nicht wiederkehrend sein

werden. Einmal gesetzte oder erhöhte Aufwandposition lassen sich aber nur schwer wieder zurückdrehen. Folglich bauen wir strukturelle Defizite auf.

Das strukturelle Defizit lag anlässlich der Verabschiedung der Finanzstrategie 2022-2026 bei ungefähr bei 5 Mio. CHF. Um es bei allen nochmals in Erinnerung zu rufen, ist das gerechnet, indem man den operativen Cashflow der Stadt nimmt abzüglich 17 Mio. CHF Investitionen ins steuerfinanzierte Verwaltungsvermögen transferiert. Der Stadtrat setzte es sich 2022 deshalb zum Ziel, dieses strukturelle Defizit im Laufe der Legislatur abzubauen oder zu eliminieren, vorerst durch eine systematische Leistungs- und Kostenüberprüfung auf Basis von Vergleichszahlen von Schweizer Städten. Dadurch sollten Bereiche mit Kostensenkungspotenzial eruiert und im Quervergleich mit den diesbezüglich führenden Gemeinden konkrete Effizienzsteigerungspotenziale identifiziert und realisiert werden.

Nun wissen wir zwar, dass diese Überprüfung im Gang ist, aber die Zeichen, die wir sehen, wecken Befürchtungen, dass diese Übung im Moment zwar detailliert wird aber danach durch eine graduelle Verwässerung der Erkenntnisse schlussendlich wieder in den Mühlen der allgemeinen Bürokratie versandet.

Als Teil der Finanzstrategie hat der Stadtrat auch bestimmt, dass neue Ausgaben und Stellen nur geschaffen werden, wenn andere gestrichen werden. Und dass der vom Steuerzahler jährlich zu entrichtende Obolus, Sie merken, ich rede vom Steuerfuss, am Ende der Legislatur vielleicht erhöht werden müsse, aber erst mittelfristig, nachdem die Leistungs- und Kostenüberprüfung in den wesentlichen Teilen abgeschlossen und die Erkenntnisse daraus umgesetzt sind und man dann merkt, dass es nicht reicht.

Und jetzt, wo wir erstmals einen Stellenplan als Teil des formalen Budgets erhalten haben: Wie sieht die Bilanz ein Jahr nach Verabschiedung der neuen Finanzstrategie aus?

- Der Steuerfuss ist im 2023 in diesem Gremium als erstes, entgegen der Strategie, bereits um 1 Prozentpunkt erhöht worden.
- Im Stellenplan Budget 2024 erhöht sich die Anzahl Stellen bei der Primarschule gegenüber 2023 um 20 Stellen oder fast 9 %. Das ist für uns nicht nachvollziehbar und wie Roman Hermann in seinem Bericht zur Primarschule noch ausführen wird, für die Abteilung offenbar auch nicht.
- In der Stadtverwaltung steigen die Vollzeiteneinheiten im Zweijahreszeitraum von Rechnung 2022 bis Budget 2024 gemäss Stellenplan um 18,2 Stellen. Auch das sind über 7 % mehr, bei einer nur rund 3 % höheren Einwohnerzahl.
- Zudem habe ich von keiner einzigen Stelle gehört, die im Budget 2023 eingespart wird.

Für uns alle: Ich glaube, es ist Zeit für einen Weckruf. Das strukturelle Defizit hat sich neu nicht etwa reduziert, sondern liegt, trotz seither deutlich gestiegener bzw. höher budgetierter Steuererträge im Budget 2024, bei rund 6.5 Mio. CHF, also gegen 2 Mio. CHF höher.

Sie sehen also: Die für 2023 entgegen dem Plan der Finanzstrategie bereits vorsehend beschlossene Steuerfusserhöhung ist nicht nur vollständig verpufft, sondern das strukturelle

Defizit hat sich sogar weiter erhöht. Die Nettoschulden können zwar dank dem Geldregen aus der Grundstückgewinnsteuer temporär substantiell reduziert werden, aber sie steigen gemäss Finanz- und Entwicklungsplan 2024-2027 über den Planzeitraum wieder massiv an.

Sie hören es: Eine signifikante Minderheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und auch die FDP/BFPW-Fraktion sind mit diesem Budget so nicht zufrieden.

Mitglied der GRPK, Simon Bass, Die Mitte: Im Namen der Mitte-Fraktion möchte ich euch unsere Ausführungen zum Budget 2024 näherbringen. Wie schon von vielen gesagt worden ist und vor allem auch vom Stadtrat immer wieder betont worden ist, haben wir für 2024 ein aussergewöhnlich hoher Ertragsüberschuss budgetiert. Im Grundsatz ist das etwas sehr Positives, wenn man es nüchtern betrachtet.

Am Anfang dieser Legislatur hat der Stadtrat eine Finanzstrategie erarbeitet und verabschiedet, die grundsätzlich eine solide Strategie zur Erreichung des obersten Ziels "Nettoschuldenabbau" aufzeigen soll. Die wichtigsten Punkte aus dieser Strategie kurz zusammengefasst: Die maximalen Nettoinvestitionen im steuerfinanzierten Haushalt sollen 17 Mio. CH betragen. Die Nettoschulden der Stadt Wädenswil sollen mittelfristig abgebaut werden. Aber der eigentlich wichtigste Punkt in dieser Strategie ist Folgender: Zum Abbau der Nettoschuld sollen insbesondere außerordentliche finanzielle Effekte verwendet werden.

Genau einen solchen ausserordentlichen Steuerertrag finden wir im Budget 2024. Dank um 32 Mio. CHF höhere Grundstückgewinnsteuern, budgetiert die Stadt Wädenswil für das Jahr 2024 einen Ertragsüberschuss von 34 Mio. CHF.

Wenn sich das Budget nach der Finanzstrategie des Stadtrats richten würde, so müsste der grösste Teil der 34 Mio. CHF für den Schuldenabbau eingesetzt werden. Schaut man sich aber sowohl die Erfolgsrechnung als auch die Investitionsrechnung an, steigen die Aufwände in der Erfolgsrechnung um 5,1 Mio. CHF und in der Investitionsrechnung um sage und schreibe 35,4 Mio. CHF gegenüber dem Budget 2023.

Die Zahlen zeigen sehr schön, dass der ausserordentliche Überschuss fast schon ein Durchlauferhitzer ist. Ohne den ausserordentlichen Effekt verbleibt im Budget 2024 ein strukturelles Defizit von 7 Mio. CHF. Das Budget lässt den Eindruck erwecken, als herrsche eine gewisse Disziplinlosigkeit in Bezug auf unsere Stadtfinanzen.

Mit Blick auf den aktuellen FEP zeigt sich, dass sowohl der Gesamthaushalt wie auch die Investitionen der Stadt immer mehr aufgeblasen werden. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt kontinuierlich und die Nettoschulden steigen dementsprechend weiter und weiter an.

Es scheint, als wäre die verabschiedete Finanzstrategie aus dem Jahr 2022 einfach nur ein Papier von belangloser Bedeutung. Trotz eines zusätzlichen Steuerprozents, das wir für das Budget 2023 gesprochen haben, ist es nicht gelungen, die Finanzierungslücke zu verkleinern. Im Gegenteil, sie wird im Budget 2024 sogar nochmals grösser.

Die prognostizierte Finanzlage bis 2027 ist besorgniserregend. Wir sehen das Ziel des Abbaus der Nettoschulden in weiter Ferne.

Leider ist es mit dem Budget dem Stadtrat nicht gelungen aufzuzeigen, in wie fern er die eigene Finanzstrategie umsetzen will, geschweige denn, die selber gesetzten Ziele erreichen will. Weiterhin werden klare Massnahmen aus externen Beratungen und verschiedensten Benchmarkings, die teils seit knapp drei Jahren hängig sind, vermisst.

Zudem hat sich gezeigt, dass in gewissen Abteilungen jegliche Kostenanalyse fehlt, beispielsweise in der Primarschule. Die um 3,4 Mio. CHF steigenden Nettoaufwände können nur teils gerechtfertigt werden. Schülerzahlen werden unterschiedlich kommuniziert. Fragen werden nur oberflächlich oder gar ungenügend beantwortet. Das Ganze wirkt undurchsichtig und hat einen ziemlich faden Beigeschmack.

Wir gehen mit dem Stadtrat einig, dass es, wie er in seiner Stellungnahme zum Bericht und Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission schreibt, nicht zielführend ist, das Budget nach 2021 erneut zurückzuweisen. Wir möchten den Stadtrat aber klar dazu auffordern, dass er sich seine selbst erarbeitete Finanzstrategie nochmals zu Herzen nimmt um sich für die zukünftigen Geschäfte darauf zu besinnen.

Trotz dem unbefriedigtem Budget glauben wir an eine zukünftige Verbesserung des Steuersubstrats und Weiterentwicklung von Wädenswil als attraktive Standort.

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Letztes Jahr hat uns der Stadtrat seine Finanzstrategie für diese Legislatur vorgestellt. Diese wird breit unterstützt. Ertrags- wie auch ausgabenseitig sollten die Finanzen der Stadt Wädenswil verbessert werden, um das ständige strukturelle Defizit endlich abzubauen. Der Gemeinderat hat deshalb bereits letztes Jahr einen ersten Schritt dazu gemacht und den Steuerfuss angehoben. Nun könnte der Stadtrat auch mithelfen, jedoch passiert betreffend Ausgabendisziplin überhaupt nichts. Wir sind momentan weit weg von einer Stabilisierung der Ausgaben, es ist augenscheinlich, dass diese auch im Budget 2024 wieder ansteigen. Als Beispiel kann hierzu der Personalaufwand genannt werden. Im FEP nennt hierzu der Stadtrat eine Planungsgrösse von 2,4 % oder 2,5 % Wachstum pro Jahr. Effektiv beträgt das Wachstum des Personalaufwands im allgemeinen Haushalt vom Budget 2023 zum Budget 2024 aber 4 %, von der Hochrechnung 2023 zum Budget 2024 sogar 7 %. In seiner Finanzstrategie hat der Stadtrat unter dem Punkt Finanzbewusstsein in Stadtrat, Gemeinderat und Verwaltung verschiedene mögliche Stellschrauben aufgezeigt. Ich nenne hier beispielsweise: Der Stadtrat übernimmt verstärkt die Gesamtverantwortung für die finanzielle Situation oder neue Stellen erst tätigen, wenn andere gestrichen werden. Momentan muss ich aber feststellen, dies sind nur leere Worte. Wirklich ein Wille, sich daran anzunähern, ist nicht vorhanden.

Als weiteres Sorgenkind gestaltet sich die Primarschule. Schon wieder steigt der Nettoaufwand in dieser Abteilung um rund 8 %, obwohl die Schülerzahlen im Bereich von 3 % ansteigen. Dem Gemeinderat kann hier nicht aufgezeigt werden, wohin die Reise geht und es ist einfach inakzeptabel, dass diese Abteilung Jahr für Jahr ohne klares Konzept dahingleitet. Die nicht erklärbaren Veränderungen im Stellenetat im blauen Buch bringen das Fass denn noch ganz zum Überlaufen.

Bei der Investitionsrechnung wurde ebenfalls mit der grossen Schaufel angerichtet. Als Beispiel hierzu vergleicht man die geplanten Investitionen des Stadtrats nicht nur im Budget,

sondern auch im FEP 2023-2026 zum FEP 2024-2027 und stellt fest, dass die Investitionen massiv ansteigen. Trotz des Steuersegens kann in der Planungsperiode die Nettoschuld nicht abgebaut werden. Es wird auch nicht ansatzweise aufgezeigt, wie dies in Zukunft verbessert werden soll.

Der Stadtrat antwortet in seiner Stellungnahme zu den Anträgen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Investitionen, dass das Schulhaus Ort beispielsweise ein Volksentscheid war. Jedoch kann gesagt werden: Diese Investition ist nichts Neues und war bereits im FEP 2023-2026 miteinberechnet. Trotzdem sind die Investitionen im allgemeinen Haushalt im Verwaltungsvermögen im Budget 2024 im Vergleich zum FEP 2024 vor einem Jahr um 7,5 Mio. CHF höher, wovon 2,6 Mio. CHF gemäss Stadtrat selbst finanziert sind. Das heisst, rund 5 Mio. CHF mehr Investitionen im Verwaltungsvermögen verteilt über alle Abteilungen. In der Antwort des Stadtrats zu den Anträgen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission wird einfach auch klar, dass je mehr Steuermittel zur Verfügung stehen, umso mehr Wünschen auch Rechnung getragen wird. Anders kann man sich nicht erklären, dass in sämtlichen Abteilungen die Investitionen im Vergleich zum Vorjahr zugenommen haben.

Wir sind auch für die Umsetzung der Finanzstrategie. Dazu braucht es aber wie gesagt, nicht nur die Anpassung der Ertragsseite, sondern auch auf der Ausgabenseite. Der Stadtrat muss hier nochmals über die Bücher und sollte nicht aufgrund ausserordentlicher Effekte grosszügig werden. Der Stadtrat sollte endlich die Ausgaben im Minimum stabilisieren von Reduzieren ist noch gar nicht die Rede. Vergessen Sie bitte nicht, dass die Legislaturzeit zum Erreichen des Finanzzieles nicht mehr allzu lange ist.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Ich glaube, ein paar Sachen müssen relativiert werden, die wir bis anhin gehört haben. Beispiel Primarschule: 20 Stelleneinheiten geht man hinauf. Wenn man es genau anschaut, sind von den 20 Stellen 14 solche, die der Kanton in Vollzeiteinheiten spricht. Die Schulpflege kann deshalb gar nicht viel machen. Wenn man die restlichen 6 Stellen nimmt, sind es noch 2,5 % mehr Stellen. Wenn man weiter schaut, wird dem Stadtrat und der Verwaltung deutlich gesagt, ihr wollt jetzt mit dem Geldsegen, den ihr bekommen habt, mehr machen. Ich möchte aber daran erinnern, dass der Gemeinderat in den letzten Jahren immer wieder auch Forderungen gestellt hat, beispielsweise im Bereich der Digitalisierung. Wenn man jetzt das Budget anschaut, dann hat ein schöner Teil des Personalanstiegs einen Zusammenhang mit der Digitalisierung. Sei es bei den Finanzen/Immobilien und dem Präsidialen, wo grosse Projekte umgesetzt werden oder auch bei Planen und Bauen haben wir mit der ganzen Situation rund um das GIS auch einen Druck, der mehr Personal benötigt.

Unser Auftrag wird sein, dass wir in den nächsten zwei bis drei Jahren genau schauen müssen, was mit dem Personal passiert. Wir können die Erwartung haben, dass wenn die Projekte umgesetzt sind, der Personalbestand wieder leicht sinken müsste. Da müssen wir aufpassen, aber nicht jetzt unsere Sprüche und Vorwürfe machen, die wir selber gefordert haben, dass etwas passieren soll.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Der Stadtrat sieht es absolut positiv, dass eine fachliche und sachliche Diskussion um die richtigen und wichtigen Zahlen hier stattfindet. Das ist

nicht bei allen Gemeinden so. Wir finden es gut, dass wir heute hier über das strukturelle Defizit und die Nettoverschuldung diskutieren und nicht einfach über Überschüsse und Steuer-senkungen. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg, im Dialog sind und das freut uns sehr. Ich möchte da speziell auch der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission danken, für den guten sachlichen und fachlichen Austausch, den wir haben.

Es wurde bereits mehrmals auf die Finanzstrategie des Stadtrats verwiesen. Ich glaube einzelne Ziele werden wir erreichen, so zum Beispiel die Reduktion der Verschuldung, dank ausserordentlichen Erträgen, wie es auch schon erwähnt worden ist. Das ist ganz wichtig und ist auch eine gemeinsame Errungenschaft, indem wir versuchen, auf der Ausgabenseite mindestens nicht zu viele neue Sachen einzupacken, sowohl der Gemeinderat als auch der Stadtrat und auf der anderen Seite aber auch auf der Steuerfussseite vorsichtig und zurückhaltend ist, was Senkungen betrifft. Hier sind wir sehr zufrieden, wie sich die Sache entwickelt und dass wir doch das eine oder andere Ziel aus der Finanzstrategie angehen und umsetzen können. Es gibt aber ein Ziel, mit dem der Stadtrat überhaupt nicht zufrieden ist und da deckt sich die Meinung auch mit dem Gemeinderat. Das ist das mit dem strukturellen Defizit. Es ist nicht so, dass wir das gut finden oder suchen. Es herrscht auch im Stadtrat eine klare Unzufriedenheit bei diesem Thema. Die Entwicklung ist nicht gut. In der Rechnung 2022 hatten wir 5 Mio. CHF, im Budget 2023 6 Mio. CHF und im Budget 2024 6,6 Mio. CHF, obwohl wir die Steuern um 1 % erhöht haben, was auch schon gesagt worden ist. Die Entwicklung ist nicht gestoppt worden, was das Ziel der Finanzstrategie ist, das Wachstum zu stoppen und langsam in eine Reduktion zu überführen. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Leider ist es aber nicht so, dass der Stadtrat einfach drei Schalter kippen kann und dann ändert sich das. Das ist auch der Grund, warum wir das Ziel nicht erreichen. Es ist nicht Unwillen des Stadtrats, sondern man muss schauen, was die grossen Kostenblöcke sind, die 2022/2024 die grosse Kostenzunahme brachten:

- Frohmatt 2,5 Mio. CHF. In den vergangenen Jahren waren es vor allem auch die Altersfinanzierungen. Diese sind momentan gestoppt, dafür hat die Frohmatt ein schlechtes Ergebnis und das hängt direkt zusammen. Die Pflegefinanzierung und das schlechte Ergebnis der Frohmatt haben einen direkten Zusammenhang. Auch diese steigt Jahr für Jahr zusammengefasst auch in diesen zwei Jahren um 2,5 Mio. CHF.
- Die Schule in den zwei Jahren 5 Mio. CHF, wesentlich getrieben durch die Teuerung und die Zunahme der Schülerzahlen.
- Energie: 1,2 Mio. CHF. Hier haben wir null Einfluss. Wenn wir die Schule und die Frohmatt herausnehmen. Da ich das schon genannt habe, sind es noch 0,8 Mio. CHF.
- Wenn man jetzt den nächsten grossen Kostenblock nimmt, nämlich der, der immer wieder gesagt wurde; die Personalkosten. Hier haben wir ohne Schule und Frohmatt 3,7 Mio. CHF und wenn man die Teuerung herausnimmt, die wir erhöhen müssen, sind es noch 2,6 Mio. CHF. Das ist effektiv auch ein grosser Block, aber nur 25 % der gesamten Mehrkosten, die wir zwischen 2022 und 2024 von den grossen Blöcken hatten.

Wir dürfen nicht vergessen, der Stimmbürger auf allen Ebenen gibt uns immer wieder neue bzw. verstärkte Lasten. Ich erinnere da zum Beispiel an die Pflegeinitiative auf nationaler

Ebene. Eine gute Sache, die 70 % der Schweizer Bevölkerung angenommen hatte. Das hat wesentliche Auswirkungen in unserer Stadt. Das kostet uns Jahr für Jahr Millionen und wird uns auch in Zukunft weiterbeschäftigen, wenn wir Rechnung und Budget in den nächsten Jahren diskutieren.

Auf kantonaler Ebene ist es das neue Lehrpersonalgesetz, das im Moment in der Vernehmlassung ist. Sollte das kommen, kommen alleine für Wädenswil Mehrkosten von 2 Mio. CHF auf uns zu, ob wir das wollen oder nicht und ob das der Stadtrat gut findet oder nicht. Oder auch dieses Jahr die Kindergartenlöhne von ein paar 1'000 CHF, weil ein Gericht entschieden hat, dass die Kindergartengelerpersonen anders eingereiht werden müssen, ein weiterer Punkt auf kantonaler Ebene.

Jetzt kommen wir auf die lokale Ebene. Auch hier gibt immer wieder neue Aufgaben, die uns zugeschant werden. So wurde an der letzten Sitzung mindestens eine Initiative unterstützt für ein Mehrgenerationenhaus als neue Aufgabe der Stadt mit Mehrkosten von mehreren 100'000 CHF pro Jahr.

Wir sehen also, die Kostentreiber sind nicht alle im Einflussbereich des Stadtrats und das ist auch der Punkt, warum wir im Moment unser Ziel, das sich der Stadtrat selber gesetzt hat, noch nicht erreichen und auch in der Legislatur nicht erreichen werden. Das heisst aber nicht, dass wir uns nicht weiter unseren Aufgaben stellen werden, Stichwort Leistungsüberprüfung. Auch hier kann ich bestätigen, wir sind dort nicht da, wo wir sein sollten. Es ist so, aber die Leistungsüberprüfung bleibt eine Aufgabe und es wird eine langandauernde Aufgabe sein, wo wir die Effizienz- und Leistungsüberprüfung als Dauerauftrag sehen und auch weiterverfolgen werden. Das Ziel ist da klar, dass wir eine Stabilisierung und ein Bremsen des Kostenwachstums dort, wo wir es beeinflussen können, heranbringen müssen. Wir kommen nicht Drumherum.

Zu den Investitionen. Es ist so, dass wir bei den Investitionen ein gewaltiges Wachstum haben. Aber die grossen Blöcke werden hier im Gemeinderat noch verabschiedet. Es ist Aufgabe des Stadtrats, Investitionen und sinnvolle Investitionen in Zukunft aufzuzeigen. Es ist nachher auch Aufgabe des Parlaments zu entscheiden, ob man diese will oder nicht und ob das Aufgabe der Stadt ist oder nicht. Die nächste Diskussion hier wird der Bau von Fussballplätzen sein. Das ist eine gute und sinnvolle Sache, aber es ist Wunschbedarf. Das wird die nächste Weisung sein, die hier diskutiert wird. Auch die ganz grossen Investitionen der FEP-Periode, sprich Sanierung Alterswohnungen Frohmatt und Wärmeverbünde. Das sind alles grosse Geschäfte, die hier beraten und entschieden werden oder allenfalls noch beim Stimmbürger. Es ist ganz wichtig, dass wir als Stadtrat die Aufgaben nicht einfach vor uns herschieben, sondern diese zur Entscheidung bringen. Das ist unser Auftrag, den wir haben. Man kann nicht einfach sagen, ihr dürft nur 17 Mio. CHF bringen. Das haben wir uns selber als Ziel gesetzt und dieses werden wir nicht erreichen, weil wir klarsehen, dass Investitionen anstehen, die für Wädenswil sinnvoll sind und wir Ihnen als Vorschlag unterbreiten. Wenn Sie es ablehnen und sagen, es ist nicht finanzierbar, das soll durch Private gemacht werden, dann ist es der Entscheid hier drin. Man darf auch nicht vergessen, dass genau diese drei grossen Blöcke, die ich vorher genannt habe, Alterssiedlungen, Frohmatt wie auch Wärmeverbünde zwar grosse Investitionen sind, aber es letztlich nicht zulasten des Steuerzahlers geht. Das heisst, diese werden durch Gebührenzahler mit der Zeit wieder amortisiert. Dies

heisst also, wenn wir hier einen Buckel von überhöhten Investitionen haben, wird das in Zukunft zu höherem Cashflow führen. Nur müssen wir dann sicherstellen, dass dieser Cashflow nicht kompensiert wird mit Mehrausgaben, sondern effektiv zur Amortisation der durch die Investitionen erfolgten Schulden verwendet werden. Da sind wir uns mit dem Gemeinderat auch einig. Ich glaube es wäre falsch, die Investitionen weiter vor uns herzuschieben. Darum sieht es der Stadtrat als Pflicht, euch die Investitionen vorzulegen.

In diesem Sinn empfiehlt der Stadtrat das Budget zu genehmigen und an den Hausaufgaben daran zu bleiben.

Werner Fuchs, GLP: Wir haben es gehört, auch wir von der GLP-Fraktion sind mit dem Budget nicht ganz zufrieden. Umgekehrt müssen wir, wie es Urs gesagt hat, das Konstrukt hinterfragen. So hat beispielsweise der Kanton eine Teuerung von 3,5 % gesprochen. Diese müssen wir bezahlen, das ist so. Wenn ich es mit dem Kanton Schwyz vergleiche, waren es dort 2 %. Das ist ein Unterschied von 1,5 %. Das ist ein Problem, auf welches wir keinen direkten Einfluss haben. Das andere Problem ist, dass es eine lineare Erhöhung ist. Das heisst, die unteren Saläre erhalten genauso die 3,5 % wie die oberen. Das tönt schön. Aber wenn ich 60'000 CHF habe gibt es 120'000 CHF und wenn ich 120'000 CHF sind es dann 240'000 CHF. Wir machen etwas, das sehr unsozial ist. Wir verteilen das Geld gleichmässig unten und oben, obwohl es die unteren mit der Teuerung viel mehr trifft als die oberen. Das ist ein unfaires System vom Kanton, das vielleicht einmal überdacht werden soll. Es gefällt mir überhaupt nicht und was noch schlimmer ist: Beim Staat ist es so, dass heute gemäss Studien der Wirtschaftspolitik die Leute im obersten Segment etwa 17 % mehr verdienen als in der Privatwirtschaft. Wir haben irgendwie schon ein komisches System. Natürlich heisst es, dass es dort besser ausgebildete Leute hat. Kann sein, das kann ich aber so direkt nicht nachvollziehen. Aber das ist anscheinend so. Man muss sich vielleicht einmal überlegen, was wir machen können, wen wir wählen.

Der andere Punkt ist von Christof auch angesprochen worden, nämlich das Thema Investition. Wenn man etwas investiert, ist es nicht immer das Gleiche. Ich nehme als einfaches Beispiel das Thema Solar. Wenn man 300'000 CHF investiert, bekommt man dies ungefähr mindestens zweimal zurück. Das heisst, wenn ich 1 Mio. CHF investiere, erhalte ich 2 Mio. CHF in 20 Jahren zurück. Das ist eine gute Investition. Es gibt aber andere Investitionen, bei denen das Geld weggeht. Man muss sehr aufpassen, wohin man das Geld tut. Vielleicht fehlt es hier auch ein bisschen an der Transparenz, damit man erkennt, was ist eine Investition, die zurückkommt und was ist eine, die nicht zurückkommt. Das sind die schwierigen Aspekte, bei denen ich immer sagen muss, dass man diese Bedenken muss.

Auch bei der Schule ist es so, dass der grösste Kostenpunkt das Personal ist. Wenn ich die Löhne um 3,5 % erhöhe, was nicht nach viel tönt, haben in 20 Jahren alle das Doppelte. Das sollte man bedenken. Es sind ganz simple Gedankengänge. 1 % mehr oder weniger macht auf die Dauer sehr viel aus. Es bleibt und geht nicht wieder weg. Das sind zwei wichtige Aspekte.

Das andere ist die IT. Auch dort kosten Investitionen. Wir sollten uns überlegen, wie wir weniger IT machen, die schön ist, dafür IT machen, die die Leute entlastet. Es ist wichtig, dass die Leute weniger Arbeit haben, wenn die IT kommt – nicht mehr. Es soll nicht komplexer

werden, sondern einfacher. Das ist manchmal eine ziemliche Herausforderung und das sieht man in den Zahlen leider auch nicht direkt.

Insofern haben auch wir von der GLP Bedenken zum Budget, aber im Wesentlichen sind wir dabei. Wir glauben, dass der Stadtrat zusammen mit der Stadt einen sehr guten Kurs eingeschlagen hat. Wir hoffen, dass wir die Kurve noch bekommen und Seitens Kanton besser gedacht wird.

Gemeinderatspräsident Hans Roth: Neu ist die Legislative, also der Gemeinderat, vom Budget Präsidiales herausgelöst.

Zum Gemeinderat (S. 66)

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Hans Roth gibt es weder Wortmeldungen noch liegen Anträge vor.)

Zu den Abteilungen der Exekutive:

Präsidiales (S. 66 bis 79)

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: André Zürrer und ich haben die Abteilung Präsidiales am 9. November besucht. Wir danken dem Stadtpräsidenten und der Stadtschreiberin für die Beantwortung unserer Fragen und Nachfragen.

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission erachtet die signifikanten Investitionen in Digitalisierungsprozesse als grundsätzlich notwendig und teilweise auch überfällig. So bestehen zum Beispiel die Personaldossiers für rund 800 Mitarbeitende bisher nur in Papierform, dies teilweise zentral, teilweise dezentral, was die systematische Personalführung für Vorgesetzte aller Stufen extrem erschwert.

Es ist aber sicherzustellen, dass die durch solche Digitalisierungsschritte möglichen Produktivitätssteigerungen anschliessend auch wirklich realisiert werden und mittelfristig durch solche Investitionen messbare Effizienzgewinne freisetzen.

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und insbesondere auch die FDP/BFPW-Fraktion wird das Augenmerk auf diesen Punkt legen.

Darüber hinaus betrachte ich die Ausführungen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zum Bericht und Antrag Budget 2024 Präsidiales als gelesen und habe im Sinn einer effizienten Abwicklung der heutigen Sitzung den dortigen Ausführungen nichts Weiteres hinzuzufügen.

Finanzen (S. 79 bis 88)

Globalbudget Finanzen: Immobilien (S. 30 bis 33)

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Am 9. November 2023 besuchten Simon Bass und ich die Abteilung Finanzen und konnten die Fragen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission diskutieren und klären. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Abteilung und ihren Verantwortlichen.

Meine Aufgabe ist es, aus der Sicht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission über das Budget 2024 der Abteilung 2 zu informieren und nicht generell über die Finanzen.

Das zu erwartende ausserordentliche Rechnungsjahr 2024 bringt der Abteilung 2 mit budgetierten 159,8 Mio. CHF Umsatz und 137 Mio. CHF Nettoertrag ein Rekordergebnis. Erträge aus volatilen Quellen, also Grundstückgewinnsteuer, die kennen wir schon, aber auch ZKB-Ausschüttung plus 0,9 Mio. CHF und ein um 1.1 Mio. CHF erhöhter Nettoertrag aus der Vermögens- und Schuldenverwaltung. Dann 4,1 Mio. CHF mehr Ertrag aus den ordentlichen Steuern begründen die Prognose. Einzig beim Finanzausgleich wird mit einem Rückgang um 1,15 Mio. CHF gerechnet. Der tiefere Aufwand liegt in den wegfallenden zentralen Budgetpositionen von 2,5 Mio. CHF begründet. Ihr mögt euch vielleicht daran erinnern, es ging darum, um die Energiekosten, die kurzfristig die Abteilung Finanzen für die gesamte Verwaltung übernommen hat und die Differenz beim Teuerungsausgleich für das Personal, der ebenfalls darin enthalten war.

Zur Dienststelle Immobilien: Auch für das 2024 werden höhere Energie- und Unterhaltskosten erwartet, was für Finanzvermögen und Verwaltungsvermögen zu einem gemeinsamen Aufwandüberschuss von 0,7 Mio. CHF führen wird. Schwerpunkte sind zudem die neu im Budget geplanten, künftig umfangreichen Energieeffizienz- und Energiesparmassnahmen, unter anderem LED-Umrüstungen oder die Erstellung neuer PV-Anlagen.

Die Digitalisierung der Dienststelle Immobilien mit Campos und ImmoTop betrifft das Budget 2024 auch. Die Einführung kann aber mit dem bestehenden Personal gestemmt werden. Die neuen digitalen Ressourcen werden 2024 zu markanten Verbesserung der Datenlage führen. Wir erwarten von der Dienststelle Immobilien entsprechend für die Rechnung 2023, vor allem aber für die Rechnung 2024 eine transparentere Darstellung ihrer Leistungen an die anderen Abteilungen.

Die Umsetzung der Immobilienstrategie wird für die Nutzenden durch ein abteilungsübergreifendes Ticketsystem für Aufträge und Anliegen konkret.

Im Laufe des Jahres 2023 wurde ein zusätzlicher Baubegleiter/Projektleiter für die kleineren und mittleren Bauprojekte angestellt. Die Kosten schlagen jetzt im Budget 2024 voll zu Buche.

Veränderungen im personellen Bereich führt für die ganze Abteilung zu einem Mehraufwand von 0,16 Mio. CHF. Im Bereich Finanzen erhöhen sich die Personalkosten im Wesentlichen aufgrund der Erweiterung des Controllings zur Re-Etablierung des internen Kontrollsystems und von personellen Ressourcen zu Gunsten der GeSoft-Software.

Für den Dienststellenleiter Immobilien ist eine Stellvertretung budgetiert. Die neue Stelle wird zu einer weiteren Professionalisierung des Bereichs der kaufmännischen Bewirtschaftung führen. Dieser wird dann zusätzlich die Abteilung, also das Team der Bewirtschaftung, leiten.

Das sind die wichtigsten Bereiche aus der Abteilung Finanzen und der Dienststelle Immobilien.

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Ich möchte noch ergänzen, dass wir im Sommer mit der Dienststelle Immobilien die FLAG Ziele diskutiert haben. Sie sind überarbeitet worden. Das war eine sehr gute Zusammenarbeit, die wir dort erreichten. Ich bin sehr positiv, dass wir hier eine gute Grundlage haben, auch für die kommenden Jahre. Wir würden es begrüßen, wenn wir das auch im nächsten Jahr mit anderen Abteilungen angehen können, die FLAG-Ziele im Budgetprozess zusammen mit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission anzuschauen. Ich mache nochmals den Aufruf für diese Zusammenarbeit in allen Abteilungen, damit wir das verbessern und ein gemeinsames Bild entwickeln können, mit welchen Kennzahlen die Abteilungen eigentlich sinnvollerweise geführt werden können.

Planen und Bauen (S. 89 bis 104)

Globalbudgets Planen und Bauen:

Amtliche Vermessung und Werkleitungen (S. 33)

Online Stadtplan (S. 34)

Strassenwesen (S. 35)

Abwasseranlagen (S. 36/37)

Öffentlicher Verkehr (S. 38)

Öffentliche Grünanlagen (S. 39)

Friedhofbetrieb (S. 40)

Mitglied der GRPK, Simon Bass, Die Mitte: Am 14. November 2023 führten Marco Kronauer und ich den Abteilungsbesuch bei der Abteilung Planen und Bauen durch. Ein grosser Dank an Astrid Furrer und Bruno Haagmans, die sich Zeit genommen haben, unseren Fragen Red und Antwort zu stehen.

Der budgetierte Nettoaufwand in der Abteilung Planen und Bauen ist im Jahr 2024 um rund 0,5 Mio. CHF höher als im Jahr 2023. Einerseits ist das zurückzuführen auf ein grösseres Strasseninvestitionsvolumen bzw. Beschaffungsvolumen von ca. 250 Mio. CHF. Mit 121 Kilometer anrechenbaren Gemeindestrassen des Kantons Zürich hat Wädenswil das drittgrösste Gemeindestrassennetz des Kantons. Daher fällt der Beitrag im 2024 des kantonalen Strassenfonds um 0,2 Mio. CHF höher aus gegenüber 2023, und liegt neu bei 1,6 Mio. CHF. Für den Werterhalt des Strassennetzes sind entsprechend für 2024 auch Mehrinvestitionen von 0,4 Mio. CHF geplant, was die planmässigen Abschreibungen um denselben Betrag erhöht.

Der Aufwand im Globalkredit Abwasseranlagen steigt um 1,3 Mio. CHF auf 6,2 Mio. CHF. Um denselben Betrag steigt jedoch auch der Ertrag auf 6,2 Mio. CHF. Der erhöhte Aufwand

ist auf die Einlagen in die Spezialfinanzierung des Eigenkapitals zurückzuführen. Dieser Budgetposten wird durch die geplante Erhöhung der Abwassergebühren ausgeglichen.

Beim Personellen sind 2,6 Vollzeiteinheiten für 2024 mehr eingeplant. Einerseits eine Vollzeiteinheit als Unterstützung für die vier verschiedenen Dienststellenleiter mit einer Führungsunterstützungsstelle, die administrative Tätigkeiten der Dienststellenleiter abnehmen soll, damit die Dienststellenleiter sich wieder mehr auf die Personalführung konzentrieren können.

Für die Erfassung und Betreuung des geografischen Informationssystems (GIS), soll die bisher befristete 80 % Stelle entfristet werden. Nach wie vor sind unzählige Leitungen im GIS nicht vollständig erfasst, dies vor allem für die Ortsteile Schönenberg und Hütten. Durch die unbefristete Stelle sollte der Kostendeckungsgrad aus Sicht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission aber nicht sinken, wie es im Budget 2024 budgetiert ist, sondern auf dem Niveau der Rechnung 2022 gehalten werden.

Bei den Kläranlagen sind für 2024 0,6 Vollzeitstellen mehr budgetiert. Diese sollen mittelfristig mit Pensionierungen wieder wegfallen. Im Rahmen eines geordneten Personalübergangs aufgrund ordentlicher Pensionierungen, ist temporär eine zusätzliche Stelle geschaffen worden. Nach dieser Übergangsphase geht die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission davon aus, dass diese Stelle wieder gestrichen wird.

Gemeinderatspräsident Hans Roth: Wie Sie sehen, liegt ein Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vor.

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Simon Bass, Die Mitte: Zur Ausgangslage: Die Abteilung Planen und Bauen möchte die bisher befristete GIS-Stelle, die 0,8 Vollzeiteinheiten ausmacht, im Budget 2024, in eine unbefristete umwandeln. Darum steigt der Personalaufwand in der Abteilung Planen und Bauen um 75'000 CHF und dementsprechend auch die Vollzeiteinheit um 0,8 Punkte.

Die Abteilung Planen und Bauen hat gegenüber der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission ausgeführt, dass im GIS vor allem in den Gemeindeteilen Schöneberg und Hütten etliche Werkleitungen, sprich Wasser- und Abwasserleitungen falsch eingetragen sind oder sogar fehlen. Darum ist es dringend notwendig, die Daten initial korrekt ins System zu implementieren. Einigen unter euch ist vielleicht die Begründung schon bekannt. Denn schon im Budget 2023 ist die Stelle kritisch beäugt worden von der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Auch damals hat man vor allem den stetig sinkenden Kostendeckungsgrad bei stetig steigendem Aufwand bemängelt.

Begründung zum Antrag: Im Vergleich zur Rechnung 2022 sinkt der budgetierte Kostendeckungsgrad für die amtliche Vermessung, trotz 0,8 Vollzeiteinheiten mehr, nochmals stark auf 97 %. Das sind ganze 7 % weniger trotz mehr Personal, die die Digitalisierung im Bereich Vermessung nochmals stark vorantreiben soll. Im Jahr 2022, als es die Stelle notabene noch nicht gegeben hat, hatten wir einen Kostendeckungsgrad von 88 % in der Rechnung erreicht.

Wir von der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sehen, dass es nötig ist, ein gut geführtes GIS zu haben. Es ist für die Abteilung Planen und Bauen wichtig, dass vor allem die fehlenden Daten aus den Ortsteilen Schöneberg und Hütten korrekt und schnellstmöglich ins System eingespiessen werden. Die anschliessende saubere Pflege der Daten ist mindestens so wichtig wie die initiale Erfassung. Ob die Pflege des Systems wirklich die 80 % Stelle ausfüllt, ist in diesem Zusammenhang noch ein bisschen fraglich.

Was definitiv nicht der Fall sein darf, ist, das trotz neuem und dauerhaft spezialisiertem Fachpersonal sowie einem GIS auf aktuellem Stand die Effizienz der Dienststelle Amtliche Vermessung sinkt.

Das Ergebnis aus der Rechnung 2022 zeigt, dass es für Vermessungen möglich ist, effizient und einigermaßen kostendeckend zu arbeiten. Darum sind wir der Meinung, dass man sich mindestens dem Niveau von 2022 orientieren soll und nicht darunter. Denn wie gesagt, man hat ohne die GIS-Stelle bereits einen massiv höheren Kostendeckungsgrad erreicht, was jetzt mit mehr Ressourcen und einem sauber geführten GIS auf jeden Fall möglich sein muss.

Deshalb schlägt die einstimmige Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission dem Gemeinderat vor, den Kostendeckungsgrad für die Amtliche Vermessung im FLAG Ziel auf $\geq 85\%$ zu erhöhen, was dazu führt, dass der Nettoaufwand des Globalkredits 0320 um 74'000 CHF abnimmt auf 129'000 CHF.

Antrag der GRPK

0320 FLAG-Ziel Amtliche Vermessung und Werkleitungen

Aufgabe: Wirtschaftlicher Betrieb der amtlichen Vermessung

Massnahme: Kennzahl Kostendeckungsgrad Zielgrösse/Benchmark $\geq 75\%$

Die einstimmige GRPK beantragt:

Die Kennzahl Kostendeckungsgrad ist für die Zielgrösse/Benchmark auf $\geq 85\%$ zu erhöhen.

Dadurch reduziert sich der Nettoaufwand des Globalkredits 0320 von Budget 2024 von 183'000 CHF auf 129'000 CHF.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Werke (S. 104 bis 119)

Globalbudgets Werke:

Gas- und Wärmeversorgung (S. 41 bis 43)

Wasserversorgung (S. 43 bis 45)

Entsorgung und Recycling (S. 45 bis 47)

Mobilität (S. 47/48)

Energie und Umwelt (S 48 bis 50)

GRPK-Mitglied, Roman Hermann, FDP: Ulrich Reiter und ich konnten am 15. November Stadtrat Jonas Erni und den Leiter der Werke Rolf Baumbach zum Budget 2024 befragen. Im Nachgang zu diesem Treffen wurden weitere Fragen seitens der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zeitnah beantwortet. In diesem Zusammenhang danken wir allen involvierten Personen für die Beantwortung der Fragen.

Während der budgetierte Nettoaufwand von gerundet rund 200'000 CHF sowohl gegenüber dem laufenden Budget als auch gegenüber der Rechnung 2022 praktisch unverändert bleibt, fallen der Aufwand und Ertrag um rund 2,4 Mio. CHF, respektive 6.5% tiefer gegenüber dem laufenden Budget aus. Diese an und für sich erfreuliche Feststellung ist im Wesentlichen auf gesunkene Gaseinkaufspreise zurückzuführen.

Dass der Rückgang des Bruttoaufwands nicht noch deutlicher ausfällt, ist vor allem auf eine Erhöhung des Personalaufwands um rund 10 % zurückzuführen. Der Stellenetat bleibt zwar mit 34,3 Vollzeitstellen praktisch gleich wie im laufenden Jahr, aber da er durchschnittlich im laufenden Jahr nur mit 31,6 Vollzeitstellen effektiv belegt war. Aufgrund von Personalfluktuations und damit einhergehenden Vakanzen, steigt der Personalaufwand im 2024 trotzdem materiell.

Diese höheren Personalkosten sind den auch verantwortlich, dass die Wasserversorgung gegenüber dem laufenden Jahr insgesamt mit einer Kostensteigerung von rund 7,8 % aufwartet.

Der Informatikaufwand steigt um rund 200'000 CHF, was wie in anderen Bereichen auch mit verschiedenen Digitalisierungsprojekten begründet wird. Dieses Ansinnen ist grundsätzlich begrüssenswert. Der Lackmустest zeigt sich dann im Budget 2025 oder 2026, wenn im Bereich der allgemeinen Verwaltungskosten hoffentlich Einsparungen sichtbar werden.

Operativ wird die Abteilung Werke im kommenden Jahr stark durch das Mammutprojekt Energieverbund Wädenswil gefordert sein, welches auch die beiden Räte und die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sowie gegebenenfalls auch den Stimmbürger beschäftigen wird.

Gesellschaft (S. 119 bis 138)

Globalbudgets Gesellschaft

Stadtpolizei (S. 50 bis 52)

Bäder (S. 52 bis 54)

Soziokultur (S. 54 bis 57)

GRPK-Mitglied, André Zürrer, SVP: Am Dienstag, 7. November konnten Beat Lüthi und ich die Abteilung Gesellschaft besuchen und unsere Fragen wurden durch Stadtrat Daniel Tanner und Abteilungsleiterin Samira Bahrami kompetent beantwortet. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich bedanken.

Nach den Sommerferien sind wir mit der Abteilung Gesellschaft zusammengekommen und haben die FLAG-Ziele neu überarbeitet. Diese sind aus unserer Sicht auf dem neuesten Stand und reflektieren die jetzige Situation mit allen Ortsteilen.

Im Vergleich zum Budget 2023 steigt der Aufwand um 1,7 Mio. CHF. Dies weil unter anderem die Pflegekosten für die Wädenswiler Bevölkerung weiter ansteigen sowie die Stromkosten für das Hallenbad aussergewöhnlich hoch sind.

Die Kostensteigerung setzt sich wie folgt zusammen: 1,2 Mio. CHF belastet die Gesundheit und Pflege im Alter; 300'000 CHF Stromkosten für das Hallenbad mit dem abgeschlossenen Energievertrag sowie kleinere Unterhaltsarbeiten. Weitere Details können dem Bericht und Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission entnommen werden.

Die integrierte Versorgung und das neue Case Management sollten eine Unterstützung werden, um die stetig steigenden Kosten für die Pflege im Alter zu senken und/oder zumindest gleich zu halten. Auf diese Weise lassen sich die Kosten für die Stationäre Behandlung eindämmen.

Um die Pflege und Gesundheitskosten besser zu verstehen, hat die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission eine Sitzung mit der Abteilung Gesellschaft im kommenden Jahr beantragt.

Die Parkplatzgebühren haben nicht den erwarteten Erfolg gebracht und es ist ein Rückgang der Parkeinnehmungen und Parkplatzbenutzung sichtbar. Aus diesem Grund hat der Stadtrat entschieden, im kommenden Jahr das ganze Parkplatzzkonzept neu zu überarbeiten und auch Flächen einzubeziehen, die heute gratis sind. Das könnte heissen, dass im Zentrum evtl. die Preise wieder sinken.

Die Freizeitanlage wird von der neu gegründeten Trägerschaft geführt, was jedoch keine Einsparung für die Stadt Wädenswil bedeutet. Der Nettoaufwand ist rund 300'000 CHF, da nach wie vor das Café geführt werden muss. Das Personal der Soziokultur wurde vorher schon abgezogen und für das Budget 2024 werden die Leistungen gleichbleiben. Auch ich schaue mit Sorgen in die Zukunft, wenn man sieht, was der Stadtrat im Budget 2024 beantragt und wie er mit seiner Verantwortung umgeht.

Schule und Jugend (resp. Primarschule) (S. 138 bis 154)

GRPK-Mitglied, Roman Hermann, FDP: Meine Kollegen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Peter Huber und Urs Hauser, durften am 6. November den Abteilungsvorstand Pierre Rappazzo sowie sein Schulleiterteam zum Budget 2024 befragen. Im Nachgang zum Besuch wurden diverse weitere Fragen seitens der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gestellt. An dieser Stelle muss ich eine Lanze brechen. Es wurde vorher bemängelt, dass noch nicht alle Fragen beantwortet wurden, insbesondere zum Stellenetat. Die letzte Frage wurde gestern Abend von Pierre Rappazzo beantwortet. Der Umstand, dass es aber drei Wochen dauerte, erhöhte innerhalb der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission nicht unbedingt Zuversicht im Budgetierungsprozess der grössten Abteilung der Gemeinde. Nichtsdestotrotz danken wir für die Beantwortung aller Fragen. In diesem Sinn, besser spät als nie.

Ich verweise grundsätzlich auf den Bericht und Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für Details zum PSW Budget. Da der Nettoaufwand der grössten Abteilung aber um massive 8 % steigt, und im Bereich der Leitung und Schule sogar um 18 %, erlaube ich mir trotzdem ein paar Anmerkungen:

Grundsätzlich müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass mit steigender Schülerzahl auch der Aufwand in absoluten Zahlen steigt. Dieser beträgt gemäss der PSW im 2024 lediglich rund 3 %. Des Weiteren ist ein materieller Teil der Lohnkosten kantonal vorgeben, aufgrund der vorgeschriebenen Lehreranzahl in Abhängigkeit der Anzahl Schüler und auch der Besoldung der Lehrerschaft ist zu einem grossen Teil kantonal reglementiert.

Es gibt aber trotzdem Kosten, welche von der Schulleitung direkt beeinflusst werden können. Der zuständige Stadtrat ist mit dem proklamierten Ziel angetretenen, die Kosten pro Schüler auf einer indexierten Basis auf dem Niveau von 2021 zu belassen, respektive die Kosten pro Schüler auf dieses Niveau zu senken. Hierzu und zum Umstand, dass die entsprechenden Kosten pro Schüler in Wädenswil offenbar rund 20 % höher als im Durchschnitt vergleichbarer Gemeinden liegen, empfängt die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission den zuständigen Stadtrat Ende Januar und erwartet dort konkrete Massnahmen zu hören, wie dieser eklatante Gap in den Kosten pro Schüler auf ein akzeptables Mass gesenkt werden kann.

Dass sich die Schule und die ganze Stadt auf ihre effektiven Kernaufgaben fokussieren sollten und diejenigen Dienstleistungen, für die es einen Markt gibt, auch dem Markt überlassen sollte, zeigt das schon fast schildbürgermässig aufgezoogene und gescheiterte Insourcing-Versuch der Schülertransporte. Gegenüber dem Jahr 2023 sehen wir im Budget zwar eine Erhöhung von 200'000 CHF im Bereich der Schülertransporte, aber leider ist davon auszugehen, dass die effektiven Kosten aufgrund des gescheiterten Insourcings im 2023 massiv über dem Budget liegen. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission hofft und wünscht sich, dass künftig von solchen Experimenten abgesehen wird.

Stadtrat Primarschule Pierre Rappazzo: Vielen Dank Peter und Urs für den Besuch in der PSW und an Roman fürs Verfassen des Berichts. Gerne ergänze ich den schriftlichen Bericht und besonders auch die mündliche Ausführung.

Wie du gesagt hast Roman, trägt das Budget dem Versprechen Rechnung, dass die Primarschule die Kosten, aus dem Jahre 2021 indexiert, nicht überschreiten möchte. Indexiert heisst in diesem Fall 12 % Kostensteigerung, nämlich 6 % für die Teuerung und 6 % für das Schülerwachstum. Ein Vergleich mit dem Budget 2023 ist darum nicht zielführend.

Ich verstehe den Ärger betreffend Stellenplan, das hat mich auch geärgert. Aber ich muss hier noch anmerken, dass es das erste Mal ist, das wir den Stellenplan im blauen Buch haben. Ich muss wirklich sagen, dass er mir auch durch die Latten ging. Er stimmt schlichtweg nicht. Ich werde nächstes Jahr dafür sorgen, dass ich ihn auch noch anschau, bevor er veröffentlicht wird. Es tut mir selber auch leid, sowas sollte nicht passieren.

Seit der Kostenanalyse aus dem Jahre 2020 wissen wir, dass die Primarschule drei finanzielle Ansatzpunkte hat. Das ist neben den Immobilien und der familienergänzenden Betreuung die Sonderpädagogik.

Seit letztem Jahr untersuchen wir die Kosten bei der Sonderpädagogik und leider fehlen uns noch immer wichtige Kennzahlen. Trotzdem haben wir erste Resultate erzielen können. So haben wir eine höhere Rückvergütung der ISR-Fälle durch den Kanton bewirkt und eine bessere Bündelung der Kräfte geplant. Für die Rechnung 2024 sind weitere Verbesserungen geplant, die, und das ist auch ganz wichtig, nicht zu Lasten der Kinder gehen, sondern Effizienzsteigerung und Bündelungen beinhalten.

Die familienergänzende Betreuung habe ich an der letzten Gemeinderatssitzung erläutert. Da sind wir auf gutem finanziellen Weg, offenbar nicht zur Freude von allen. Auch hier haben wir immer wieder, wie von Christof Wolfer bereits gesagt, Interessenskonflikte. Einerseits wollen wir Sachen ausgeben und wollen Dienstleistungen, auf der anderen Seite müssen wir sie mit irgendetwas bezahlen. So ist es auch bei der familienergänzenden Betreuung. Wir stellen uns hier tatsächlich immer noch auf den Standpunkt, dass wir einen Deckungsgrad von mindestens 70 % erreichen wollen. Das heisst, 30 % werden nach wie vor vom Steuerzahler bezahlt. Man muss wirklich sagen, die die es trifft, sind solche mit einem Bruttoeinkommen von 180'000 CHF aufwärts. Ich erwarte von den Leistungsträgern, von der Gesellschaft, dass sie auch diese Kosten übernimmt und nicht einfach von den Steuerzahlern subventioniert werden.

Weitere grosse Posten im Budget sind ICT und Führung. Diese beiden Sachen werden im nächsten Jahr ganz klar angeschaut und überprüft. Hier gibt es ganz sicher Potenzial.

Übers Ganze gesehen möchten wir Daraufhinweisen, dass die Kostensteigerung der letzten 20 Jahre vor allem in die Führung und Sonderpädagogik geflossen ist und nicht in die Regelschüler. Der normale Schüler hat von dieser Kostensteigerung nichts mitbekommen. Diese Entwicklung will die Schulpflege ändern. Wir wollen, dass mehr Mittel zu den Regelschülern kommen. Das Budget 2024 ist ein Schritt in diese Richtung.

Soziales und Frohmatt (S. 154 bis 173)

Globalbudgets Soziales:

Soziale Dienste (S. 57/58);

Asyl- und Wohnbegleitung (S. 59/60)

Alterszentrum Frohmatt (S. 60 bis 63)

GRPK-Mitglied, Peter Huber, SP: Vor kurzem habe ich zusammen mit Ulrich Reiter die Abteilung Soziales und die Frohmatt besucht. Herzlichen Dank an Claudia Bühlmann sowie den beteiligten Abteilungsleitungen und weiteren Personen aus den Abteilungen. Danke für die aufschlussreichen Gespräche.

Der budgetierte Aufwand beim Sozialen beträgt im Budget 2024 knapp 49 Mio. CHF. 2,5 Mio. CHF weniger als im letzten Budget. Auch der Nettobetrag ist um 0,5 Mio. CHF niedriger als im letzten Budget, aber 2,5 Mio. CHF höher als die Rechnung von 2022.

Der kantonale Beitrag der Gemeinde für den Kinder- und Erwachsenenschutz (KESB) ist um 20 % gestiegen, was 0,5 Mio. CHF Mehrkosten ausmachen. Die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe wird um 3 Mio. CHF tiefer budgetiert, da weniger Ukrainerinnen und Ukrainer gekommen sind als angenommen wurde. Im Gegensatz dazu sind aber die Miet- und Mietnebenkosten am Steigen. Ebenfalls zu einer Kostenzunahme führt die kantonale Erhöhung der Aufnahmequote für Asylsuchende auf 1,3 %.

Aufgrund der guten Wirtschaftslage und des entsprechenden Arbeitsmarkts bleiben die Fallzahlen bei der Sozialhilfe stabil, während sie bei der Asylfürsorge voraussichtlich zunehmen werden.

Nun zur Frohmatt: Die Frohmatt budgetiert für 2024 einen Nettoertrag von 0,5 Mio. CHF. Dass auch der Aufwand um 1,6 Mio. CHF steigt, liegt hauptsächlich am Teuerungsausgleich. Dass trotz des Ausbaus der Konkurrenz in der Region und des ambulanten Angebots die Auslastung weiterhin bei 97 % bis 99 % liegt, ist bemerkenswert, aber nicht unbedingt sicher, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird.

Es sind 1,2 Mio. CHF hauptsächlich für Ersatzinvestitionen geplant. Diese gehören jedoch nicht zu den sehr grossen zukünftigen Veränderungen, nämlich den noch grösseren Investitionen und dem Verselbständigungsprojekt. Aber zum aktuellen Zeitpunkt gibt es zur Frohmatt nicht mehr zu sagen.

Investitionsrechnung (S. 282 bis 300) und ordentliche Abschreibungen (S. 329/330)

GRPK-Mitglied, Simon Bass, Die Mitte: Bei den Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen ist vor allem der ausserordentliche Umfang zu betrachten. 58,5 Mio. CHF beträgt der Umfang. Der Fokus liegt auf Infrastrukturprojekten wie Schulbauten, Wasser- und Abwasseranlagen, Siedlungsentwässerungskanälen sowie dem Strassenwesen. Die Bruttoinvestitionen sind mit 61,8 Mio. CHF für 2024 budgetiert.

Bei den allgemeinen Diensten sind Investitionen für die Digitalisierung, IT-Infrastruktur und Büromobiliar über 0,7 Mio. CHF geplant. In die Verwaltungsliegenschaften werden 22 Mio. CHF investiert, wobei 20 Mio. CHF von der Umbuchung aus dem Finanzvermögen stammen. Sieht man von diesen ab, bleiben die Investitionen bei den bisherigen 2 Mio. CHF aus dem Vorjahr. Darin enthalten sind 0,7 Mio. CHF für den Umbau des alten Gewerbeschulhauses sowie 0,6 Mio. CHF für den Rahmenkredit der Erneuerungsinvestitionen Immobilien 2024.

Die Dienststelle Tiefbau hat aufgrund einer Analyse aus 2015 errechnet, dass das Investitionsvolumen für die Werterhaltung des Strassennetzes zwischen 2 Mio. CHF und 3 Mio. CHF jährlich liegen müsste. Daher wird im Budget 2024 ein Rahmenkredit für die Erneuerung der Gemeindestrassen von 2,4 Mio. CHF beantragt.

Für die Schulliegenschaften werden 14,5 Mio. CHF eingeplant. Der Grossteil ist mit 11,2 Mio. CHF für den Neu- und Ersatzbau Osttrakt des Schulhauses Ort bestimmt. Weiter sollen 0,8 Mio. CHF in den Bau der PV-Anlage des Schulhauses Ort fliessen. Im Schulhaus Glärnisch sind Hochwasserschutzmassnahmen im Wert von 0,4 Mio. CHF geplant. Im Schulhaus Untermosen sowie im Schulhaus Schönenberg sind für je 0,5 Mio. CHF Containerprovisorien für die Betreuung geplant.

Im Bereich Kultur, Sport und Freizeit ist eine Investitionssumme in der Höhe von 3,4 Mio. CHF geplant. 1,3 Mio. CHF fliessen in den Neubau eines weiteren Kunstrasenplatzes im Sportplatz Beichlen. Davon betreffen 1,8 Mio. CHF den Übertrag vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen für das Land der Parzelle, auf dem der Fussballplatz gebaut werden soll. Somit belaufen sich die Investitionen im 2024 für die Sanierung der Garderoben und den neuen Kunstrasenfussballplatz auf 1,3 Mio. CHF. Für die Sanierung des Seeplatzes sowie öffentlichen Spielplätzen sind die restlichen 0,3 Mio. CHF geplant.

Für die Alters-, Kranken- und Pflegeheime sind 1,25 Mio. CHF Investitionen geplant, davon sind rund 0,2 Mio. CHF als Rahmenkredit Instandsetzung budgetiert. 0,4 Mio. CHF sind für LED-Ersatzleuchtmittel in den Liegenschaften Haus See und Tal geplant. Die Investitionssumme im Sozialen beläuft sich auf 2,5 Mio. CHF im Budget 2024. Davon sind je 0,5 Mio. CHF für die Sanierung der Alterssiedlung Bin Rääbe und Tobelrai sowie Speerstr. 104 vorgesehen. Die übrigen 1,5 Mio. CHF sind für den Neubau der Notwohnungen im Gwad eingeplant.

Die Investitionssumme im Bereich Verkehr (Strassen und öffentlicher Verkehr / Bahninfrastruktur) ist mit 3,9 Mio. CHF budgetiert. 3,5 Mio. CHF davon fliessen in das Gemeindestrassennetz.

Die Konten Wasserversorgung, Abwasser und Kläranlagen weisen zusammen eine geplante Investitionssumme von 8,9 Mio. CHF im Budget aus. Diese sind vor allem für die Sanierung und den Netzausbau der Wasser- und Abwasserleitungen geplant.

Wir kommen zum Finanzvermögen. Im Vergleich zu den Investitionen im Verwaltungsvermögen sind die Investitionen im Finanzvermögen von untergeordneter Bedeutung. Die In-

vestitionen werden für die Arealentwicklung MEWA (Büelenstrasse), Erneuerungsinvestitionen im Finanzvermögen (Rahmenkredit 2024) sowie Wohnungssanierungen an der See-
strasse 63 budgetiert.

Die Einnahmen in der Investitionsrechnung sind dagegen zu betonen. Diese sind mit 28,2 Mio. CHF ausserordentlich hoch. Dies liegt an der angesprochenen Verschiebung von Liegenschaften, 20 Mio. CHF aus dem Verwaltungsvermögen, und der Parzelle für den neuen Fussballplatz im Sportplatz Beichlen, 1,8 Mio. CHF aus dem Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen. Hinzu kommt der Landverkauf des Baufeld B der Werkstatt Zürisee im Rütihof.

Gemeinderatspräsident Hans Roth: Es liegt ein Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vor.

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Roman Hermann, FDP: Im Investitionskonto 05.0562.5030.450 haben die Werke zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets ein Investitionsvorhaben von 220'000 CHF zugunsten des Wärmeverbunds Eidmatt vorgesehen. Während der Budgetbesprechung hat die Werkleitung von sich aus darauf aufmerksam gemacht, dass sie das Investitionsvorhaben nicht realisieren möchte. Die Werke beabsichtigen im Zusammenhang mit dem geplanten Energieverbund Wädenswil Neukunden direkt an den Energieverbund anzubinden, weshalb die budgetierte Investition zugunsten des Wärmeverbunds Eidmatt nicht benötigt wird. Die Kürzung ist, wie ich bereits gesagt habe, mit den Werken abgestimmt.

Stadtrat Werke Jonas Erni: Die Ausführungen sind korrekt.

Antrag der GRPK

Seite 294: Wärmeverbund Eidmatt, 05.0562.5030.450 Wärmeverbund Eidmatt Fernwärmeleitung

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das budgetierte Investitionsvorhaben von CHF 220'000 auf dem genannten Konto ist ersatzlos zu streichen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Hans Roth gibt es zu den ordentlichen Abschriften weder Wortmeldungen noch liegen Anträge vor.)

Gemeinderatspräsident Hans Roth: Nun liegt das bereinigte Budget 2024 für die Abstimmung vor. Ich lese die angenommenen Anträge nochmals vor:

- Die einstimmige GRPK beantragt, die Kennzahl Kostendeckungsgrad ist für die Zielgrösse/Benchmark auf $\geq 85\%$ zu erhöhen. Dadurch reduziert sich der Nettoaufwand des Globalkredits 0320 vom Budget 2024 von 183'000 CHF auf 129'000 CHF.
- Die einstimmige GRPK beantragt, das budgetierte Investitionsvorhaben von CHF 220'000 auf dem genannten Konto ist ersatzlos zu streichen.

Die GRPK stellte keinen Antrag für die Abstimmung zum Budget alleine. Es liegt lediglich der einstimmige Antrag zum Steuerfuss und der mit Stichentscheid ergangene Antrag zum Gesamtpaket (Budget und Steuerfuss) für die Genehmigung vor.

Da die materielle Diskussion zum Budget vor dessen Genehmigung zu erfolgen hat, stelle ich die Frage, ob jemand zum bereinigten Budget die Diskussion wünscht?

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Hans Roth wünscht Beat Lüthi, FDP, eine Diskussion.)

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi. FDP: Ich schliesse an meine Ausführungen ganz zu Anfang der Budgetdebatte an. Die FDP/BFPW-Fraktion ist nicht zufrieden damit, dass wir uns in die entgegengesetzte Richtung bewegen von dem, was in der Finanzstrategie postuliert ist. Nämlich signifikanter Stellenaufbau statt Stellenplafonierung oder zumindest gegenläufiger Abbau, dass wir nicht einfach überall nur ausbauen. Das zweite ist eine weitere Erhöhung der strukturellen Finanzierungslücke statt wie geplant eine Reduktion.

Das Budget 2024 ist, wie bereits gesagt wurde, das zweitletzte Budget, welches ganz in dieser Legislatur liegt. Viel Zeit für die Erreichung des Ziels, die strukturelle Lücke zu schliessen oder wenigstens massiv zu reduzieren, hat der Stadtrat nicht mehr.

Wie in der Finanzstrategie 2022 bis 2026 des Stadtrats aufgezeigt wurde, braucht es jetzt dringend einen Richtungswechsel und eine Änderung der Diskussionskultur und des Finanzbewusstseins in Stadtrat, Verwaltung und ehrlich gesagt auch im Gemeinderat. Nämlich,

- dass neue Ausgaben und Stellen nur beschlossen werden, wenn andere gestrichen werden.
- dass durch Optimierung und Digitalisierung der Prozesse eine kontinuierliche Effizienzsteigerung möglich ist, damit man auch Kostensteigerungen an Ort, wie es Christof Wolfer ausführte, die nicht beeinflusst werden können, kompensiert werden können.
- dass der Stadtrat verstärkt Gesamtverantwortung für die finanzielle Situation übernimmt, statt in seinem jeweiligen Gärtchen zu denken.
- dass die Verwaltung vermehrt in die Gesamtverantwortung eingebunden wird, statt nur die Maximierung der Ressourcen in der eigenen Abteilung anzustreben.
- dass die Ergebnisse der Leistungs- und Kostenüberprüfung in konkrete und umsetzbare und auch messbare Massnahmen überführt werden.

Viele denken nun wohl wieder, die wollen wieder nur sparen. Ich glaube wir müssen wieder einmal klarmachen, worüber wir überhaupt sprechen. Wir reden wirklich vom absoluten sparen. Ich glaube, in den letzten Jahren konnte nie von sparen die Rede sein. Wir reden davon, das Ausgabenwachstum so weit zu senken, dass es unter dem Einnahmenwachstum ist und somit die Lücke reduziert werden kann.

Wir erwarten vom Stadtrat deshalb, dass er für das Budget 2025, das letzte Budget, das gesamthaft in der aktuellen Legislatur liegt, schon von Anfang an die Zeichen richtig setzt und den Budgetprozess so führt, dass das strukturelle Defizit 2025 mit gezielten Massnahmen, insbesondere in der Primarschule, aber nicht nur, deutlich tiefer ausfällt und auch die Weichen für die Folgejahre entsprechend stellt. Zudem soll der Stadtrat die Kennzahlen, die dabei helfen, die finanzielle Lage der Stadt einzuschätzen, transparent machen. Die Kennzahl "strukturelles Defizit" sollte in jedem Budget, in jeder Rechnung aufgeführt sein. In Präsentationen haben wir diese Zahl teilweise gesehen und in Gesprächen mit Christof Wolfer taucht sie auch immer auf, aber sie sollte auch prominent im Bericht und Budget stehen. Wir fordern den Stadtrat auf, hier mehr Transparenz zu schaffen, damit die Setzung und Einhaltung entsprechender Finanzziele transparent und nachvollziehbar werden.

Und vom Gemeinderat erwarten wir, dass auch er seinen Teil zum nachhaltigen Haushaltsausgleich beiträgt, indem er beispielsweise aufhört, neue Ausgaben zu beschliessen, ohne bestehende Aufgaben zu beenden. Die Gemeinderatsabstimmung vor zwei Wochen zur Volksinitiative "Mehrgenerationenhaus Rötiboden" war da ein unrühmliches Beispiel. Ich weiss, vorher, als Christof Wolfer das erwähnte, gab es Kopfschütteln. Wir haben das vor zwei Wochen besprochen. Es ist ein unrühmliches Beispiel.

Wir glauben, dass Stadtrat und Verwaltung die Gunst der Stunde der hohen Grundstücksteuern nutzend, im Budget 2024 eine Vielzahl zusätzlicher Stellen geschaffen haben, obwohl im ablaufenden Jahr nicht mal alle bestehenden Stellen besetzt werden konnten. Diese Stellen sollten zuerst besetzt werden, bevor hier viele weitere Stellen auf Vorrat geschaffen werden.

Weil wir nicht erkennen können, dass Stadtrat und Verwaltung die Ziele der Finanzstrategie konsequent verfolgen, bleibt der FDP/BFPW-Fraktion nichts Anderes übrig, als den Antrag zur Annahme des Gesamtbudgets 2024 abzulehnen.

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Ich habe bereits in meinem Eingangsvotum diverse Punkte aufgezählt, um meine Unzufriedenheit mit dem Budget aufzuzeigen. Als ich die Unterlagen auch im Zusammenhang mit der Finanzstrategie nochmals durchgegangen bin, ist mir als letzter Punkt das Fazit zur Finanzstrategie aufgefallen: Wir müssen handeln, und zwar jetzt, in grossen Buchstaben geschrieben. Das einzige handeln, das ich gesehen habe, ist die Steuererhöhung des Gemeinderats im letzten Jahr. Auf der anderen Seite sehe ich leider nichts.

Ich mache ein Beispiel. Schon in meinem Eingangsvotum habe ich die Personalaufwandskosten erwähnt. Man könnte sich fragen, warum wir von der Minderheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission nicht mit Budgetanträgen gekommen sind, um die Aufwände zu reduzieren. Diese Frage stellt sich. Aber in den letzten Jahren habe ich immer wieder versucht oder auch andere aus der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, dass die Personalkosten reduziert werden könnten. Die Antwort des Stadtrats war mehrfach, dass es seine Aufgabe sei, darüber zu entscheiden und nicht die des Gemeinderats. Als Beispiel kann ich den Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission im Budget 2023 nennen, der in der Abteilung Präsidiales bei der allgemeinen Verwaltung/Löhne des Betriebspersonal beantragt hat, die Ausgaben um 100'000 CHF zu kürzen. Die Antwort des Stadtrats lautete: Die neue Vollzeitstelle ist für die Erfüllung der bestehenden Aufgaben notwendig und die Schaffung der Stelle liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Der Stadtrat empfahl, den Antrag abzulehnen, da er nicht zulässig sei. Also was bleibt uns anderes übrig, als wenn wir Möglichkeiten ergreifen, um bei den Personalkosten anzusetzen, als das Budget abzulehnen? Wie bereits gesagt, haben wir in den letzten Jahren mehrfach versucht, das zu ändern.

Ich komme zum Schluss. Wie bereits erwähnt, sind wir mit der Stossrichtung nicht einverstanden. Auch die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass das Budget abgelehnt werden muss.

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Ich möchte das Thema nochmals aufnehmen, die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission ist angesprochen worden. Im nächsten Jahr müssen wir diese noch verstärkt wahrnehmen. Die Ambivalenz, die ich angesprochen habe, auf der einen Seite das strukturelle Defizit, wie wollen wir es angehen? Genannt worden sind die teils widersprüchlichen Positionen auf der einen Seite des Stadtrats, der sagt, dass er für das Personal zuständig ist und auf der anderen Seite der Wunsch des Gemeinderats, dort Mitgestalten zu wollen. Wir haben die Aufgabe, das Gespräch weiterzuführen und zu vertiefen. Ich sehe es als ganz wichtigen Aspekt für das kommende Jahr. Ich habe mir fest vorgenommen, mit dem Stadtrat in den Austausch mit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zu gehen, damit wir gemeinsam den Weg beschreiten können, das strukturelle Defizit anzugehen. Es ist ein wichtiger Punkt, den wir nur gemeinsam erreichen können. Dies ist der Aufruf um das gemeinsam anzuschauen.

Joël Utiger, Die Mitte: Wie ihr gehört habt, ist auch die Mitte-Fraktion nicht so einverstanden und glücklich mit dem Budget. Ich möchte aber dennoch auf die Budgetrückweisung im 2021 hinweisen, die sehr grosse Verunsicherungen intern und extern ausgelöst hat. Unter dem Strich hat die Rückweisung wahrscheinlich zusätzliche Kosten verursacht als eingespart wurden. Daher bitte ich euch, das Budget, auch wenn man nicht ganz zufrieden ist, anzunehmen.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Ich habe grosses Verständnis für einen gewissen Unmut gegenüber dem strukturellen Defizit. Wie gesagt deckt sich dies auch mit der Unzufriedenheit im Stadtrat. Ich glaube, eine Rückweisung des Budgets bzw. eine Nichtannahme des Budgets, was aus meiner Sicht das Gleiche ist, führt uns nicht weiter. Wir haben das Ergebnis im 2021 gesehen. Damals haben wir es durchexerziert, daraus resultierte ein riesiger Aufwand und eine Lähmung der Verwaltung, gerade auch in diesen Fragen, weiterzudenken, weiter zu kommen, Leistungsüberprüfung usw. Effektiv waren die Kosten im 2021 weit

über dem ursprünglichen Budget, das zurückgewiesen wurde. Aus Sicht Stadtrat wäre das ganz klar der falsche Ansatz. Ich glaube, der richtige Ansatz hat Ulrich Reiter bereits in den Raum gestellt. Es braucht eine kritische Auseinandersetzung zwischen dem Gemeinderat, der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und dem Stadtrat. Wir sind offen und gewillt, die Diskussion zu führen. Wir sind froh um die klaren Anweisungen oder Empfehlungen auch aus ihrem Kreis.

Wie gesagt, wir haben die Budgetpositionen, die der Gemeinderat nicht kürzen kann, die erwähnt wurden, wie einzelne Personalkosten von 100'000 CHF. Wir haben ein strukturelles Defizit von 7 Mio. CHF. Wenn wir daraus 200'000 CHF kürzen, ändert dies am Grundproblem etwas, aber nur wenig. Darum ist eine Budgetrückweisung das Falsche. Richtig sind konkrete Anträge. Dass keine Anträge aus der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission oder dem Gemeinderat da sind, zeigt auch, dass es wahrscheinlich nicht ganz so einfach ist, wirklich die richtigen Stellschrauben zu finden. Ich komme zurück auf mein anfängliches Votum. Wenn wir einfach drei Hebel nach links drücken könnten, hätten wir das im Stadtrat schon lange gemacht.

In diesem Sinne bitte ich auf das zu verzichten, was nichts bringt, das ist nämlich die Nichtzustimmung zum Budget.

Gemeindepräsident Hans Roth: Ihr habt gehört, was richtig oder falsch ist, aber das bestimmt der Gemeinderat.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Hans Roth gibt es keine weiteren Wortmeldungen.)

Schlussabstimmung zum Budget und zu den Leistungsaufträgen (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Budget 2024 mit den heute beschlossenen Anträgen sowie den Leistungsaufträgen 2024 mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen mit 19:15 Stimmen zu.

Zweitens Steuerfuss 2024

Antrag der GRPK

Die einstimmige GRPK beantragt, den Steuerfuss unverändert bei 86 % zu belassen.

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Hier gibt es nicht viele Ausführungen. Wir haben in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission den Steuerfuss diskutiert. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir den Steuerfuss bei 86 % belassen.

Mitglied der GRPK, Urs Hauser, EVP: Das jährliche Ritual im November und Dezember ist das Ausmarchen des Wädenswiler Gesamtsteuerfusses. Was beantragen die OSW und der Stadtrat? Wird es mehr oder weniger oder bleibt er stabil? Am liebsten natürlich weniger. Und dann das Diskutieren, Taktieren und Mobilisieren.

Dieses Jahr hat es seit langem wieder einmal geklappt. Die Bürgerlichen sind an der OSW-Gemeindeversammlung in der Mehrheit. Der OSW-Steuerfuss sinkt um ein Steuerprozent. Soweit gut.

Das Thema Steuerfuss hat mich in der Budgetberatung stark beschäftigt. Gemäss Budget 2024 wird die Nettoschuld der Stadt (Fremdkapital Steuerhaushalt minus Finanzvermögen) aufgrund einer substanziellen Umbuchung von Liegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen nicht reduziert, sondern gegenüber der Hochrechnung 2023 von rund 12 Mio. CHF auf gegen 17 Mio. CHF erhöht. Gemäss Finanz- und Entwicklungsplan 2024-2027 wird sich die Nettoschuld bis 2027 auf 45,2 Mio. CHF erhöhen. Das strukturelle Defizit hat sich nicht verringert, sondern sogar erhöht. Darum steigt die Verschuldung der Stadt weiterhin stark an.

Der Stadtrat hat 2022 seine neue Finanzstrategie verabschiedet, mit der er das strukturelle Defizit und die fortschreitende Verschuldung bekämpfen will, und zwar mit folgenden Massnahmen:

- Systematische Leistungs- und Kostenüberprüfung: Wenn diese Überprüfungen immer so lange beanspruchen wie jetzt, ist es zahnlos.
- Stärkung der Steuerkraft: Seit Jahren praktiziert, ohne grossen Erfolg.
- Abbau der Nettoschulden: Hier beisst sich die Katze in den Schwanz. Es fehlt die Einigkeit.
- Erhöhung des Steuerfusses: Mit politischer Überzeugungskraft vielleicht rascher möglich?
- Bei einem Ertragsüberschuss von 34,5 Mio. CHF ist es nicht einfach, einen Antrag auf eine Steuerfusserhöhung zu verstehen. Eine Begründung müsste klar, einfach und überzeugend sein, eine Herausforderung. Ich muss sagen, dass ich dieser Herausforderung nicht gerecht werde.
- Die bürgerliche Seite setzte sich bei der OSW mit der Steuerfussenkung um 1 % durch mit der Begründung, das Eigenkapital sei zu hoch. Analog dazu müsste bei der Stadt der Steuerfuss erhöht werden mit der Begründung, die Nettoschuld sei zu hoch. Aber nein, nichts in dieser Richtung. Kleines Detail: Niemand hat bei der OSW für eine Erhöhung der Ausgaben votiert, um Kapital zu verbrauchen. Umgekehrt wird dauernd gefordert, Einsparungen zu tätigen, um die Schulden bei der Stadt zu senken. Wohlverstanden, ich stehe zu einer Ausgabenkontrolle.
- Bei den Wahlen redeten fast alle Parteien von einer nachhaltigen Politik, die sich um unsere Stadtgemeinschaft und die Folgegenerationen kümmert. Darum müssen wir die Kosten, die wir verursachen, selber übernehmen. Wir kommen nicht um Steuerfusserhöhungen herum.

Abstimmung über den Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK mit 34:0 Stimmen (einstimmig) zu.

Drittens: Abstimmung über das Gesamtpaket

Antrag der GRPK

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission beantragt mit Stichentscheid, das Budget der politischen Gemeinde für das Jahr 2024 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der FLAG-Abteilungen – unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu den Anträgen und zum Steuerfuss - zu genehmigen.

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Wir haben die Diskussion zum Budget vorweggenommen. Dort bildet sich die Ambivalenz ab, die ich angesprochen habe. Mit Stichentscheid gibt es den Vorschlag, das Budget und den Steuerfuss so anzunehmen, wie er jetzt beschlossen wurde.

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Ich habe keine weiteren Bemerkungen.

Schlussabstimmung (mit Stimmenzähler)

Der Rat stimmt dem Gesamtpaket mit 30:4 Stimmen zu.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

Gemeinderatspräsident Hans Roth: Daniel Willi sagte im Vorfeld zu dieser Sitzung zu mir, dass ich bei der heutigen Budgetdebatte einen schönen Schoggijob habe. Im Vergleich zu anderen Budgetdebatten war es wirklich harmlos, vor allem von der Zeitdauer her. Ich danke euch für eure Mitarbeit.

(Gemeinderatspräsident Hans Roth schliesst die Sitzung und wünscht allen eine schöne Adventszeit und frohe Festtage.)

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.